

ENERGIEPOLITIK

Ausgewählte Beiträge 2025–2026

Peter Schreiber

Kernenergie · Kernfusion · Versorgungssicherheit · Energiesouveränität

Redaktionelle Sammelfassung auf Grundlage der veröffentlichten Beiträge und vorhandenen Arbeitsfassungen.
Stand: August 2026

Vorbemerkung

Die folgenden Texte dokumentieren eine energiepolitische Linie, die sich in mehreren Beiträgen seit 2025 herausgebildet hat: Technologieoffenheit statt ideologischer Festlegung, Versorgungssicherheit statt Abhängigkeit, Schutz von Natur und Kulturlandschaft sowie die Bereitschaft, neue technische Lösungen nüchtern nach Nutzen, Risiken und Folgekosten zu bewerten.

Diese Zusammenstellung ist keine Faksimile-Ausgabe der ursprünglichen Magazinseiten. Die Texte wurden für ein einheitliches Lesedokument auf Grundlage der Originalbeiträge und der noch vorhandenen Arbeitsfassungen redaktionell gesetzt und stellenweise sprachlich vereinheitlicht. Inhaltliche Positionen und Argumentationslinien wurden dabei beibehalten.

Enthaltene Hauptbeiträge

- Kernfusion – die Energie der Zukunft: Deutschlands neue Chance (AUFGEWACHT, Mai 2025)
- Ausstieg aus dem Ausstieg – und Deutschland schaut zu (Deutsche Stimme, 16. Mai 2025)
- 15 Jahre Fukushima – 15 Jahre Energie-Irrtümer (AUFGEWACHT, März 2026)

Im Anhang findet sich außerdem eine kurze Übersicht weiterer energiepolitischer Beiträge und kommunaler Stellungnahmen zu Windkraft, Photovoltaik und Landschaftsschutz.

Kernfusion – die Energie der Zukunft

Untertitel: Deutschlands neue Chance · AUFGEWACHT – DIE DEUTSCHE STIMME · Mai 2025

Deutschland verfügt mit Wendelstein 7-X, einer starken Forschungslandschaft und jungen Unternehmen über Voraussetzungen, bei einer der wichtigsten Energietechnologien des Jahrhunderts eine führende Rolle zu spielen. Die entscheidende Frage ist, ob aus Forschung diesmal auch industrielle Wirklichkeit wird.

Als der deutsche Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker in den 1930er Jahren theoretisch nachwies, dass nur Kernfusion die Strahlungsleistung der Sonne erklären kann, legte er einen der wissenschaftlichen Grundsteine für eine Technologie, die heute als Hoffnungsträger für eine saubere und nahezu unerschöpfliche Energiequelle gilt. Seine Arbeiten zur Energieerzeugung in Sternen stehen damit am Anfang einer Entwicklungslinie, die heute bis zu Großprojekten wie Wendelstein 7-X in Greifswald reicht.

Die Grundlagen der Kernfusion

Im Gegensatz zur Kernspaltung, bei der schwere Atomkerne geteilt werden, beruht die Kernfusion auf der Verschmelzung leichter Atomkerne. Für künftige Kraftwerke wird vor allem an der Fusion der Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium gearbeitet. Dabei wird ein Teil der Masse in Energie umgewandelt. Genau dieser Prozess lässt seit Milliarden Jahren die Sonne leuchten.

Das physikalische Prinzip ist bekannt; die technische Beherrschung ist die eigentliche Herausforderung. Auf der Erde muss ein extrem heißes Plasma erzeugt und so eingeschlossen werden, dass die Teilchen lange genug miteinander reagieren können. Temperaturen von weit über 100 Millionen Grad sind dafür erforderlich. Kein Material könnte ein solches Plasma direkt berühren. Deshalb wird es durch starke Magnetfelder von den Reaktorwänden ferngehalten.

Tokamak und Stellarator – zwei Wege zum Ziel

In der Magnetfusion dominieren zwei Bauprinzipien. Der Tokamak erzeugt einen großen Teil des für den Einschluss nötigen Magnetfeldes durch einen elektrischen Strom im Plasma selbst. Diese Bauweise ist vergleichsweise symmetrisch und technisch gut erforscht, bringt aber die Schwierigkeit mit sich, einen stabilen Dauerbetrieb zu erreichen. Der internationale Forschungsreaktor ITER in Südfrankreich folgt diesem Prinzip.

Der Stellarator setzt dagegen auf eine kompliziertere Geometrie äußerer Magnetspulen. Das macht die Konstruktion anspruchsvoller, bietet aber einen entscheidenden Vorteil: Der Plasmaeinschluss kann grundsätzlich ohne den starken ringförmigen Plasmastrom eines Tokamaks erfolgen. Für ein späteres Kraftwerk ist der kontinuierliche Betrieb ein gewichtiges Argument.

Wendelstein 7-X: Spitzenforschung in Greifswald

Mit Wendelstein 7-X betreibt das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald die weltweit größte Stellarator-Anlage. Das Projekt ist ein Beispiel dafür, dass Deutschland in der Fusionsforschung nicht nur mitläuft, sondern in einem zentralen Teilgebiet zur Weltspitze gehört. Ziel ist nicht, dort bereits Strom zu erzeugen, sondern nachzuweisen, dass das

optimierte Stellarator-Konzept die für ein Kraftwerk notwendigen Plasmaeigenschaften über längere Zeiträume beherrschen kann.

Gerade für Deutschland ist das bemerkenswert. Während die öffentliche Energiepolitik jahrelang fast ausschließlich um Windräder, Photovoltaik, Netzausbau und Speicher kreiste, entstand im Hintergrund eine Forschungsinfrastruktur, die in der Lage ist, an einer möglicherweise epochalen Technologie mitzuwirken.

Vom Labor zur Industrie

Forschung allein reicht jedoch nicht. Die deutsche Wirtschaftsgeschichte kennt genügend Beispiele dafür, dass hier entwickelte oder wesentlich vorangebrachte Technologien anderswo schneller in marktfähige Produkte verwandelt wurden. Konrad Zuses Computertechnik, der Transrapid oder auch Teile der klassischen Kerntechnik stehen sinnbildlich für ein wiederkehrendes Problem: Wir sind häufig gut im Erfinden, aber zögerlich beim industriellen Durchbruch.

Dass es diesmal anders laufen könnte, zeigen junge Unternehmen wie Proxima Fusion. Das aus dem Umfeld des Max-Planck-Instituts hervorgegangene Unternehmen will das Stellarator-Prinzip weiterentwickeln und auf Kraftwerksgröße bringen. Entscheidend ist dabei nicht nur staatliche Forschungsförderung, sondern ein Umfeld, in dem Kapital, Ingenieurwissen, Genehmigungen und industrielle Lieferketten zusammenfinden.

Kein Heilsversprechen – aber eine strategische Chance

Kernfusion ist kein Grund, andere Energietechnologien heute abzuschalten und auf ein Wunder in einigen Jahrzehnten zu warten. Noch ist offen, wann ein wirtschaftliches Fusionskraftwerk tatsächlich Strom liefern wird. Es gibt anspruchsvolle Fragen bei Werkstoffen, Tritiumkreisläufen, Neutronenbelastung, Wartung und Kosten. Technologieoffenheit bedeutet gerade, solche Probleme nicht wegzureden.

Aber ebenso falsch wäre es, aus den noch ungelösten Aufgaben den Schluss zu ziehen, die Forschung sei zwecklos. Jede große technische Entwicklung durchläuft lange Phasen, in denen der wirtschaftliche Erfolg unsicher erscheint. Wer erst dann einsteigt, wenn alle anderen den Nachweis erbracht haben, wird am Ende Lizenznehmer statt Technologieführer.

Kernfusion und moderne Kernspaltung zusammendenken

Bis zur möglichen kommerziellen Kernfusion braucht eine Industrienation verlässliche Energiequellen. Deshalb gehört zur Technologieoffenheit auch eine unvoreingenommene Prüfung moderner Konzepte der Kernspaltung. Reaktoren der vierten Generation, kleine modulare Reaktoren und neue Brennstoffkreisläufe versprechen Verbesserungen bei Sicherheit, Brennstoffausnutzung und Abfallmengen. Nicht jedes Konzept wird sich durchsetzen. Aber Deutschland sollte Forschung und Erprobung nicht politisch verbieten, bevor die technische Bewertung überhaupt abgeschlossen ist.

Ein sinnvoller Energiemix kann deshalb aus mehreren Säulen bestehen: dezentralen erneuerbaren Quellen dort, wo sie landschaftlich, technisch und wirtschaftlich sinnvoll sind; leistungsfähigen Netzen und Speichern; verlässlicher steuerbarer Erzeugung; moderner Kerntechnik und perspektivisch Kernfusion. Entscheidend ist nicht das politische Etikett einer Technologie, sondern ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit.

Deutschlands Chance

Wendelstein 7-X zeigt, dass Deutschland wissenschaftlich noch immer in der Lage ist, Großes zu leisten. Die Frage lautet, ob wir daraus diesmal auch wirtschaftliche Stärke, Energiesouveränität und technologische Unabhängigkeit entwickeln. Dafür braucht es Investitionen, schnellere Genehmigungen, eine starke Forschungsförderung und vor allem ein politisches Klima, das technologische Möglichkeiten nicht nach ideologischer Herkunft sortiert.

Die Energieversorgung der Zukunft wird nicht durch Verbote gewonnen. Sie wird durch Wissen, Ingenieurskunst und den Mut entschieden, verschiedene Wege zu prüfen. Kernfusion ist dabei keine Garantie. Aber sie ist eine Chance, die Deutschland nicht ein weiteres Mal anderen überlassen sollte.

Ausstieg aus dem Ausstieg – und Deutschland schaut zu

Deutsche Stimme · 16. Mai 2025

Während andere europäische Staaten ihre Haltung zur Kernenergie neu bewerten, hält Deutschland an einer energiepolitischen Selbstbeschränkung fest. Das Problem ist nicht die Förderung erneuerbarer Energien – sondern der Ausschluss technischer Alternativen.

Europa beginnt neu zu rechnen

In mehreren europäischen Staaten ist Bewegung in die Kernenergiepolitik gekommen. Belgien rückte von seinem vollständigen Ausstieg ab, Dänemark begann trotz seiner traditionell atomkritischen Linie über neue Reaktorkonzepte nachzudenken, und Frankreich hält ohnehin an der Kernenergie als tragender Säule seiner Stromversorgung fest. International fließt zugleich erhebliches Kapital in kleine modulare Reaktoren, neue Brennstoffkonzepte und Fusionsforschung.

Deutschland dagegen hat seine letzten kommerziellen Kernkraftwerke abgeschaltet und damit eine Option aus dem eigenen Energiesystem entfernt, ohne die grundlegenden Probleme der Energiewende gelöst zu haben. Das ist der entscheidende Punkt: Wer aus einer Technologie aussteigt, muss erklären können, durch welche belastbare Alternative Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft gewährleistet werden.

Technologieoffenheit blieb ein Versprechen

Im Frühjahr 2025 gab es in Teilen der CDU Signale, neue Reaktorgenerationen wieder ergebnisoffen zu prüfen. Genannt wurden unter anderem Small Modular Reactors und andere fortgeschrittene Konzepte. Im politischen Alltag blieb von dieser angekündigten Offenheit jedoch wenig übrig. Die Bundesregierung setzte im Kern auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, ergänzt durch Netze, Speicher und flexible Kraftwerke.

Gegen Wind- und Solarenergie ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn Standort, Kosten und Nutzen stimmen. Problematisch wird es dort, wo aus einer sinnvollen Technologie eine politische Monokultur wird. Ein Industrieland mit hohem Strombedarf braucht jederzeit verfügbare Leistung. Wetterabhängige Einspeisung kann einen erheblichen Beitrag leisten, ersetzt aber nicht automatisch steuerbare Kraftwerksleistung.

Energiesouveränität ist mehr als ein Schlagwort

Die deutsche Debatte verengt Abhängigkeit häufig auf Öl, Gas und Uran. Doch auch Windkraft, Photovoltaik, Batteriespeicher und Netzausbau benötigen große Mengen an Kupfer, Seltenen Erden, Lithium, Nickel, Silizium und weiteren Rohstoffen. Viele Lieferketten werden von wenigen Staaten oder Unternehmen dominiert. Wer fossile und nukleare Abhängigkeiten kritisiert, muss deshalb auch die neuen Abhängigkeiten ehrlich benennen.

Hinzu kommt der Stromhandel. Ein europäischer Verbund ist grundsätzlich sinnvoll, aber er darf nicht dazu führen, dass Deutschland eigene gesicherte Kraftwerksleistung abbaut und sich darauf verlässt, im Bedarfsfall Strom aus Nachbarländern beziehen zu können. Energiesouveränität bedeutet nicht Autarkie um jeden Preis. Sie bedeutet, in einer Krise über genügend eigene Handlungsoptionen zu verfügen.

Neue Kerntechnik statt Rückkehr in die Vergangenheit

Die Debatte wird häufig so geführt, als müsse man sich zwischen der Wiederinbetriebnahme alter Reaktoren und einem endgültigen Abschied von jeder Kerntechnik entscheiden. Das ist eine falsche Alternative. Die interessante Frage lautet, welche Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsfortschritte neue Reaktorkonzepte tatsächlich bieten.

Small Modular Reactors sollen durch standardisierte Fertigung, passive Sicherheitssysteme und modulare Bauweise Vorteile gegenüber klassischen Großprojekten schaffen. Generation-IV-Konzepte zielen unter anderem auf bessere Brennstoffausnutzung und teilweise auf die Nutzung heute als Abfall betrachteter Materialien. Dual-Fluid- oder Flüssigsalzkonzepte versprechen weitere technische Ansätze. Kein Konzept ist allein deshalb überzeugend, weil es neu ist. Aber jedes verdient eine sachliche Prüfung.

Die Landschaft ist ebenfalls Umwelt

Zur ökologischen Wahrheit gehört auch, dass Energieerzeugung fast immer Flächen, Rohstoffe und Infrastruktur beansprucht. Windparks verändern Landschaftsbilder, benötigen Zuwegungen, Fundamente und Netzanbindungen. Großflächige Photovoltaikanlagen konkurrieren je nach Standort mit Landwirtschaft, Natur- und Kulturlandschaft. Speicher und neue Leitungen verursachen zusätzliche Eingriffe.

Wer Naturschutz ernst nimmt, darf deshalb nicht nur radioaktive Stoffe und Kühlwasser betrachten. Flächenbedarf, Materialeinsatz, Rückbau, Recycling, Artenschutz und Landschaftsbild gehören ebenso in eine ehrliche Gesamtbilanz. Die richtige Frage lautet nicht: Welche Technologie ist moralisch gut? Sondern: Welche Kombination verursacht bei hoher Versorgungssicherheit die geringsten langfristigen Schäden und Kosten?

Ein vernünftiger Energiemix

Deutschland braucht keine neue Energie-Religion, sondern einen nüchternen Wettbewerb der Systeme. Moderne Kernkraft kann dabei ebenso eine Rolle spielen wie Wasserkraft, Geothermie, Bioenergie, Wind und Sonne. Speicher müssen dort eingesetzt werden, wo sie technisch sinnvoll sind. Gas oder andere steuerbare Brennstoffe können in Übergangsphasen nötig bleiben. Parallel gehört die Fusionsforschung zu den strategischen Zukunftsfeldern.

Wer heute jede nukleare Option ausschließt, riskiert, morgen Strom und Technologie aus genau den Ländern einkaufen zu müssen, die diese Optionen nicht aufgegeben haben. Das wäre keine Energiewende zur Souveränität, sondern die Verlagerung von Verantwortung ins Ausland. Deutschland sollte deshalb aus dem energiepolitischen Ausstieg aussteigen – nicht durch einen nostalgischen Blick zurück, sondern durch die Rückkehr zu technischer Vernunft.

15 Jahre Fukushima – 15 Jahre Energie-Irrtümer

AUFGEWACHT – DIE DEUTSCHE STIMME · März 2026

Die Katastrophe von Fukushima war real. Ebenso real waren jedoch die politischen Fehlentscheidungen, die Deutschland daraus ableitete. Fünfzehn Jahre später lohnt die Frage, ob Angst und Wahlkampfaktik eine langfristige Energiepolitik ersetzt haben.

März 2011: Katastrophe und politische Schockwelle

Im März 2011 überschlugen sich die Bilder aus Japan. Ein gewaltiges Seebeben löste einen Tsunami aus, Zehntausende Menschen verloren ihr Leben oder ihre Heimat. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi fielen Stromversorgung und Kühlung aus; es kam zu Kernschmelzen und Wasserstoffexplosionen. Die Bilder beschädigter Reaktorgebäude prägten sich weltweit ein.

In Deutschland traf die Katastrophe mitten in einen Landtagswahlkampf. In Sachsen-Anhalt kämpfte die NPD damals um den erneuten Einzug in den Landtag und scheiterte am 20. März 2011 mit 4,6 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde; die Grünen erreichten 7,1 Prozent. Natürlich hatte ein Wahlergebnis viele Ursachen. Aber Fukushima verschob innerhalb weniger Tage die gesamte politische Agenda zugunsten der Atomfrage.

Merks abrupte Kehrtwende

Noch wenige Monate zuvor hatte die Bundesregierung die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke verlängert. Nach Fukushima folgte binnen Tagen das Moratorium und wenig später der beschleunigte Ausstieg. Acht Reaktoren verloren endgültig ihre Betriebserlaubnis, für die übrigen wurde ein fester Abschaltplan beschlossen. Damit wurde eine energiepolitische Grundsatzentscheidung unter dem unmittelbaren Eindruck einer Katastrophe auf der anderen Seite der Erde getroffen.

Die politische Botschaft lautete: Fukushima habe gezeigt, dass die Kernenergie nicht beherrschbar sei. Doch eine seriöse Risikoanalyse hätte stärker differenzieren müssen. Fukushima Daiichi bestand aus älteren Siedewasserreaktoren. Die entscheidende Unfallkette war eng mit dem extremen Tsunami, dem Ausfall der Stromversorgung und der unzureichend geschützten Notstromtechnik verknüpft. Deutsche Standorte unterliegen anderen Naturgefahren, anderen baulichen Bedingungen und anderen Schutzkonzepten.

Sicherheitsprüfung statt Panikreaktion

Nach Fukushima wurden deutsche Anlagen einem Stresstest unterzogen. Natürlich konnte niemand ein Nullrisiko garantieren – das kann keine Großtechnik. Die entscheidende Frage wäre daher gewesen, welche konkreten Sicherheitsdefizite bestehen, welche Nachrüstungen nötig sind und welche Reaktoren gegebenenfalls aus technischen Gründen stillgelegt werden sollten. Statt einer anlagenspezifischen Bewertung entschied die Politik über die gesamte Technologie.

Das war ein grundlegender Fehler. Aus einem schweren Unfall folgt nicht automatisch, dass jede Form derselben Technologie unter allen Bedingungen unverantwortbar ist. Nach Flugzeugabstürzen wird die Luftfahrt verbessert, nicht abgeschafft. Nach Dammbrüchen wird Wasserkraft nicht grundsätzlich verboten. Sicherheitskultur bedeutet, aus Fehlern zu lernen und Technik zu verbessern.

Der Preis des deutschen Sonderwegs

Der Atomausstieg beseitigte gesicherte, wetterunabhängige Stromerzeugung aus dem deutschen Kraftwerkspark. Ein Teil wurde durch erneuerbare Energien ersetzt, ein anderer durch fossile Kraftwerke und Importe. Das Stromsystem wurde gleichzeitig komplexer: mehr dezentrale Einspeiser, mehr Netzausbau, stärkere Schwankungen und ein wachsender Bedarf an Flexibilität und Reserveleistung.

Die Behauptung, Wind und Sonne seien grundsätzlich die billigsten Stromquellen, greift zu kurz, wenn man nur die Stromgestehungskosten einer einzelnen Anlage betrachtet. Ein Stromsystem muss jederzeit Angebot und Nachfrage ausgleichen. Mit wachsendem Anteil wetterabhängiger Erzeugung steigen deshalb die Anforderungen an Netze, Speicher, Reservekraftwerke, Lastmanagement und grenzüberschreitenden Ausgleich. Diese Systemkosten gehören in jede ehrliche Rechnung.

Japan zog andere Schlussfolgerungen

Besonders aufschlussreich ist der Blick nach Japan. Das Land, in dem Fukushima geschah, schaltete nach 2011 zunächst praktisch alle Reaktoren ab und verschärfte seine Sicherheitsaufsicht erheblich. Doch es blieb nicht beim dauerhaften Ausstieg. Nach neuen Prüfungen und Nachrüstungen gingen schrittweise Reaktoren wieder ans Netz. Die japanische Politik bewertet Kernenergie heute erneut als Bestandteil der Versorgungssicherheit.

Damit entstand ein bemerkenswerter Gegensatz: Das unmittelbar betroffene Land zog aus der Katastrophe die Konsequenz, Sicherheitsstandards zu verschärfen und Kernenergie unter neuen Bedingungen weiter zu nutzen. Deutschland dagegen machte aus Fukushima den Anlass für einen grundsätzlichen technologischen Rückzug.

Erneuerbare Energien sind Teil der Lösung – aber nicht die ganze Lösung

Auch die Kritik am deutschen Ausstieg darf nicht in eine spiegelbildliche Ideologie umschlagen. Windkraft und Photovoltaik haben erhebliche technische Fortschritte gemacht und sind in vielen Anwendungen sinnvoll. Dezentrale Solaranlagen auf Dächern, Wasserkraft, Geothermie oder regionale Bioenergie können einen wertvollen Beitrag leisten. Entscheidend ist die Einbettung in ein robustes Gesamtsystem.

Problematisch wird der Ausbau dort, wo Flächenziele, Subventionen und gesetzliche Privilegierungen jede lokale Abwägung überlagern. Wer Heimat und Natur schützen will, muss auch fragen, was tausende zusätzliche Windkraftanlagen, neue Hochspannungsleitungen und großflächige Solarparks für Landschaft, Arten, Landwirtschaft und Akzeptanz bedeuten.

Was ist mit dem Atommüll?

Das Abfallproblem ist einer der stärksten Einwände gegen die Kernenergie und darf nicht bagatellisiert werden. Hochradioaktive Abfälle müssen über sehr lange Zeiträume von der Biosphäre isoliert werden. Deutschland hat die Endlagerfrage über Jahrzehnte politisch verschleppt; ein endgültiger Standort ist weiterhin nicht in Betrieb. Wer Kernenergie befürwortet, muss deshalb eine belastbare Entsorgungsstrategie mitdenken.

Aber auch hier verändert technische Entwicklung die Ausgangslage. Fortschrittliche Reaktoren und geschlossene Brennstoffkreisläufe können einen größeren Anteil des energetischen Potenzials nutzen und bestimmte langlebige Bestandteile weiterverwerten oder umwandeln. Damit verschwindet das Problem nicht, aber Menge und Langzeittoxizität

des endgültig zu lagernden Materials können sich verändern. Gerade deshalb ist Forschung sinnvoller als ein kategorisches Denkverbot.

Uran und Abhängigkeit

Auch der Hinweis auf Uranimporte ist richtig. Deutschland verfügt nicht über eine nennenswerte heutige Uranförderung und wäre auf internationale Lieferketten angewiesen. Daraus folgt jedoch nicht automatisch eine größere Abhängigkeit als bei allen Alternativen. Die entscheidenden Unterschiede liegen in der hohen Energiedichte, den relativ kleinen Brennstoffmengen und der Möglichkeit, Vorräte über längere Zeiträume anzulegen.

Zudem ist die Energiewende ebenfalls von Importen abhängig – von Metallen, Halbleitern, Batterierohstoffen, Solarmodulen und Komponenten für Windkraftanlagen. Eine souveräne Energiepolitik muss deshalb Lieferketten diversifizieren, Recycling fördern und mehrere Technologien parallel verfügbar halten, statt eine Abhängigkeit lediglich durch eine andere zu ersetzen.

Neue Reaktoren, SMR und Generation IV

Die Zukunftsfrage lautet nicht, ob Deutschland die Reaktoren der 1970er Jahre in identischer Form wieder bauen sollte. Interessant sind neue Systeme mit passiven Sicherheitsmechanismen, kleineren Einheiten, höherer Brennstoffausnutzung und anderen Kühl- oder Brennstoffkonzepten. SMR, Flüssigsalz- und schnelle Reaktoren sowie weitere Generation-IV-Systeme befinden sich in sehr unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Manche Erwartungen werden sich erfüllen, andere nicht.

Gerade deshalb sollte ein Forschungs- und Industrieland die Entwicklung beobachten, sich beteiligen und eigene Kompetenz erhalten. Wer Forschung aufgibt, verliert auch die Fähigkeit, neue Konzepte überhaupt noch eigenständig zu bewerten.

Und dann ist da noch die Kernfusion

Parallel rückt mit der Kernfusion eine Technologie näher, die langfristig eine völlig neue Grundlage der Energieversorgung schaffen könnte. Deutschland besitzt mit Wendelstein 7-X einen weltweit bedeutenden Forschungsstandort und mit jungen Unternehmen eine wachsende Fusionswirtschaft. Der Erfolg ist nicht garantiert. Aber die strategische Bedeutung rechtfertigt erhebliche Forschungsanstrengungen.

Die Lehre aus fünfzehn Jahren

Fukushima mahnt zu Demut gegenüber Großtechnik. Es mahnt zu Redundanz, Sicherheitskultur, Katastrophenschutz und langfristiger Verantwortung für Abfälle. Was Fukushima nicht beweist, ist die Sinnlosigkeit jeder Nutzung der Kernenergie. Die deutsche Politik machte aus einer notwendigen Sicherheitsdebatte eine moralische Grundsatzentscheidung und verengte damit den eigenen Handlungsspielraum.

Fünfzehn Jahre später sollten wir den Mut haben, diese Entscheidung neu zu bewerten. Nicht mit dem Versprechen einer risikofreien Welt – die gibt es nicht. Sondern mit einer nüchternen Abwägung von Versorgungssicherheit, Umweltfolgen, Kosten, Rohstoffabhängigkeiten und technologischem Fortschritt. Energiepolitik darf nicht danach entscheiden, welche Technik gestern zum Feindbild erklärt wurde. Sie muss danach entscheiden, welche Lösungen morgen funktionieren.

Weitere energiepolitische Beiträge und Stellungnahmen

Neben den drei überregionalen Haupttexten hat sich die energiepolitische Position in den Jahren 2025/2026 auch in mehreren kommunalpolitischen Beiträgen konkretisiert. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem Landschaftsschutz, lokale Mitbestimmung, Versorgungssicherheit und die Kritik an einer flächengetriebenen Ausbaupolitik.

Datum	Beitrag
15. April 2026	Erster Etappensieg: Stadt Strehla verweigert „gemeindliches Einvernehmen“ zum „Windpark Paußnitz“
22. April 2026	Landrat unsicher? Wind-Giganten in Paußnitz auf wackligem Fundament!
20. Mai 2026	STREHLA: Bürgerbegehren durchsetzen – Täuschungsmanöver stoppen!
28. Mai 2026	Strehlaer Bürgerbegehren vorerst gestoppt – doch das letzte Wort ist nicht gesprochen
16. Juni 2026	Windpark Paußnitz: Jetzt bis 6. Juli Stellung nehmen!
29. Juni 2026	Strehla: Bürgermeister greift Entscheidung über Bürgerbegehren mit Haushaltsplan politisch vor
20. März 2026	Strehla West: Fakten-Check statt Propaganda der neuen „Einheitspartei“ – zum Solarpark Strehla-West

Diese kommunalen Beiträge ergänzen die überregionale Linie um einen praktischen Aspekt: Umwelt- und Heimatschutz müssen sich auch an den konkreten Folgen von Energieinfrastruktur vor Ort messen lassen. Technologieoffenheit schließt deshalb ausdrücklich die Kritik an schlecht geplanten oder überdimensionierten Wind- und Solarprojekten ein.

Kernaussage der Sammlung

Natur- und Heimatschutz und eine offene Prüfung moderner Kerntechnik sind kein Widerspruch, sofern sämtliche Energieformen nach denselben Maßstäben beurteilt werden.

Die gemeinsame Linie der Beiträge lässt sich in fünf Grundsätzen zusammenfassen:

- Versorgungssicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe und darf nicht von günstigen Wetterlagen oder dauerhafter Importverfügbarkeit abhängen.
- Jede Energieform hat Umweltfolgen. Kerntechnik muss sich an Unfallrisiken, Abfällen und Brennstoffversorgung messen lassen; Wind, Solar und Speicher ebenso an Flächenverbrauch, Rohstoffen, Netzen, Rückbau und Landschaftseingriffen.
- Technologieoffenheit bedeutet weder vorbehaltlose Begeisterung noch pauschale Ablehnung. Neue Reaktorkonzepte, SMR, Generation IV und Kernfusion müssen nach technischen Daten und realen Kosten bewertet werden.
- Energiesouveränität verlangt diversifizierte Quellen, eigene Forschungskompetenz, robuste Lieferketten und möglichst viele nationale Handlungsoptionen.
- Naturschutz ist nicht identisch mit einer bestimmten Energieideologie. Er muss Boden, Wasser, Artenvielfalt, Kulturlandschaft und die Lebensqualität der Menschen gleichermaßen berücksichtigen.

Zusammengestellt im August 2026. Diese Fassung dient der internen politischen Diskussion und Dokumentation.